

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin E 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1
Verolina 5481. Geschäftsstelle des Verlages von 12 bis 16 Uhr. Escheint täglich außer Montags Tel.-Adresse: Rote Fahne Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank Berlin. Dep.-Kasse Belle-Alliance-Bl. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.
Justizliche Sprechstunde: Dienstag u. Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Werbung bis Woche 70. Wart monatlich 3,- Mark einschließlich Transport in Berlin und Ostern mit einer Aufstellung. — **Berichtsausgabe**, Postzug mit Belebung 3,50 Mark; Streifzug im Inland sowie nach Österreich, Italien, Luxemburg, Danzig, Memel und Saargebiet 4,50 Mark; übrige Länder 4,80 Mark

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Bankenadresse: Die 12 gebotene Rundschauzeit 70. W. Arbeiterschutz- und Familiensicherung: Seite 40. W.

Kleine Anzeigen: Wart 15. W. Oberchristliches 28. W. be-

sonders Wart 50. W. Arbeitsmarkt: Seite 6. W.

Anzeigenabteilung: Redaktion 13. Tel. F 61. Postamt 2877. 4494.

Schluß mit dem Brotat-System!

Der Arbeiterrat der Verfehrs-AG. fordert:

Keine Entlassungen, keine Feierschichten, kein Lohnabbau; aber Abbau der Direktorengehälter! — SPD-Clique lehnt die Arbeitersforderungen ab — Ein Geheimbrief des Oberpräsidenten — Organisiert den Kampf!

In der gestrigen Sitzung des Arbeiterrats der Berliner Verfehrs-AG. wurde folgender vom Genossen Freher eingebrochene Antrag bei Stimmenthaltung der SPD. angenommen:

„1. Rückgängigmachung aller Entlassungen und Entlassungskündigungen, da im Betrieb kein Arbeitsmangel, sondern Mangel an Arbeitern besteht.

2. Einführung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich der die Entlassungen hinfallig macht und tausenden Erwerbslosen Brot und Arbeit gibt.

3. Erhöhung des Lohnes um 20 Pf. die Stunde für Arbeiter und für jede Arbeiterin der BVG., da die steigende Beuerung alter täglichen Bedarfsartikel den Reallohn scharf gesenkt hat.

4. Herabsetzung des Gehälter der Direktoren und leitenden Angestellten der BVG. auf 500 Mark pro Monat, da die Direktoren und leitenden Angestellten jährlich Millionen Goldmark an Einkommen bezahlen. Die Herabsetzung dieser Gehälter statt der Massenentlassungen liegt im Interesse der BVG. und der gesamten werktätigen Bevölkerung Berlins.

5. Entlassung Brotats, Lütkes und der übrigen Direktoren, die die Schuld an der Miß-

wirtschaft in der BVG. tragen und die Einheitscher des Antreibersystems sind.“

Dieser Beschluß des Arbeiterrats wurde gestern abend in der Aufsichtsratsitzung der BVG. von den kommunistischen Vertretern zum Antrag erhoben. Dabei mußte Brotat zugeben, daß es nicht der Arbeitsmangel, sondern angebliche Kassenschwierigkeiten sind, die ihn zur Entlassung „zwingen“. Die Kommunisten zeigten, daß diese Kassenschwierigkeiten durch den Abbau der Riesengehälter sofort behoben werden können und wiesen vor allem auf die vom 15. Oktober 1923 datierte Demobilisierungsverordnung betreffs Maßnahmen gegenüber Betriebsabbruch und Stilllegungen hin. Nach dieser in Kraft befindlichen Verordnung ist

bei Entlassungen von über 50 Arbeitern eine Angeklagtheit beim Oberpräsidenten und eine Sperrfrist von vier Wochen notwendig. Heute Brotat erklärte, daß diese Verordnung für ihn nicht existiert.

Der sozialdemokratische Aufsichtsratsvorsitzende Reuter lehnte es ab, über die geforderte Entlassung Brotats, Lütkes

Verkehrsarbeiter, lest

und abonniert eure Zeitung
die Rote Fahne“!

und Konsorten abzustimmen. Die übrigen Forderungen wurden gegen die Stimmen der Kommunistischen Vertreter und des Arbeiterratsmitgliedes im Aufsichtsrat abgelehnt. Natürlich stimmte der sozialdemokratische Angestelltenratsvorsitzende Seidl gemeinsam mit den Schärmern gegen die Arbeiter.

Reuter teilte noch mit, daß der demokratische Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Meier, an den Magistrat einen neuen, der Öffentlichkeit verheimlichten Brief gerichtet hat, in dem er fordert, daß

bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft noch weitere Sparmaßnahmen durchgeführt werden.

★

Neue Sparmaßnahmen! Was das bedeutet, hat der sozialdemokratische Korruptions-Brotat gestern im Aufsichtsrat der BVG. durchblättern lassen: In den Massenentlassungen auch noch Feierschichten und Lohnabzug! Die BVG.-Arbeiter wissen jetzt, was sie zu tun haben: Sie müssen sich hinter die oppositionelle Mehrheit im Arbeiterrat und an die Seite der kommunistischen Partei stellen; die den Weg gewiesen haben, wie man sowohl die Entlassungen, als auch die Feierschichten vermeiden kann.

Die SPD. geht diesen Weg nicht: sie schlägt sich auf die Seite der Ausbeuter und Schwererdiener. Zeigt nur die Belegschaft handelt, sich in allen Abteilungen, Werkstätten und Bahnhöfen ihre Kampfleistungen und Wahlens sich für Wahlens wählen und den aktiven Kampf gegen Massenentlassungen und Lohnabzug anzunehmen. Nur so kann der wachsende Not im Arbeiterraum geheiligt werden, nur so dem verbrecherischen Angriff der Brotat-Clique ein Riegel vorgeschoben werden. Auf die Posten, Verkehrsarbeiter!

3000 Tagihaußere im Ausstand

Glänzende Kampfssinnung

Der Sowjetgesandte in Mexiko verhaftet

Nener Gewaltstreich der Kriegstreiber

New York, 10. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Auf Anordnung des mexikanischen Kriegsministeriums wurde in Vera Cruz der sowjetrussische Gesandte in Mexiko, Genosse Makar, verhaftet. Trotz Protestes wurde das ganze versteckte Diplomatengepäck geöffnet und durchsucht. Gleichzeitig wird bekannt, daß das sowjetrussische Gesandtschaftsgebäude in Mexiko-Stadt durchsucht wurde. Die Verhaftung Makars, der sich auf der Rückreise über Frankreich nach der Sowjetunion befand, erfolgte unter dem Vorwand, Genosse Makar könne von dem Anschlag gegen den mexikanischen Präsidenten Rubio vorher gewußt haben.

*

Die mexikanische Banditenregierung hat im Dienste des amerikanischen Finanzkapitals, im Auftrag Hoovers und Morgans, einen unehrlichen Gewaltstreich gegen die Sowjetunion gewagt. Die Arbeiterschaft muß gegen diesen schamlosen Bruch der diplomatischen Unvereinlichkeit den entschlossenen Protest erheben. Die Kolonialfascisten handeln in Mexiko ebenso, wie vorher in China als Provokateure des Weltkapitals, um eine Kriegsatmosphäre gegen Moskau zu erzeugen. Die Sowjetvertreter, die Gesandten der proletarischen Oltatur, sollen in allen kapitalistischen Ländern für vogelfrei erklärt werden. Die Heze der deutschen Regierungspresse gegen die Sowjetunion, die Verleumdungen der Scherer, Gerlach und Stampfer sollen auch in Deutschland den Boden für ähnliche Überfälle schaffen.

Alle Kräfte des Weltimperialismus sind für eine neue Kriegskampagne gegen Moskau losgelöst. Die beispiellose Sprache der französischen Zeitungen wegen des Verschwindens des Weißgardistenhünglings Kutepow, die unverschämte Panikbulle des Papstes, dieses frechen Agenten des Weltkapitals, gegen den Bolschewismus, der Freiheit der Tschirwenzensächer in Deutschland, schließlich die neueste Tat der mexikanischen Räuberregierung, zeigen den Ernst der Situation. Eine einzige Kette von Kriegsprovokationen! Unsere Antwort: Eine einzige Kette von Klassenkämpfen und Solidaritätsaktionen für die Sowjetmacht!

Nachdem am Sonnabend die Tagihaußere der „Berlinia“ die Arbeit niedergelegt haben, konnten gestern auch die übrigen vier größten Berliner Autojahrbetriebe (Panzer, Autoschlösserbetrieb Friedrichstadt, Krafttag und Charlottenburger Kraftfahrtwerke) ihre Wagen nicht auf die Straße schicken. Auch in vielen Mittelbetrieben ist die Arbeit niedergelegt worden. 3000 Tagihaußere haben den von den Unternehmern vorgelegten Ninters auf Abschaffung jedes Festlohnes abgelehnt und sind in Ausstand getreten. Die Unternehmer wollen nur noch 33½ Prozent des Bruttolohns um den Fahrer zu gewähren, ohne irgendwelche festen Zahlungen zu leisten.

Eine überschulte Versammlung der Tagihaußere, einbezogen von der Gewerkschaftsopposition, nahm gestern in den Pförtnerfestzälen zu der Lage Stellung. Unter brausendem Beifall wurde beschlossen, die von den Kollegen des Panzerkonzerns aufgestellte Forderung auf 66,— Mark Festlohn pro Woche sich zu eigen zu machen, unter Führung einer Kampfleitung alle Berliner Tagihaußere in den Kampf einzubeziehen und mit aller Entschiedenheit den Sieg zu erzwingen. (Ausführliche Bericht und Erklärung siehe 1. Seite).

Auch eine Funktionärskonferenz der freigewerkschaftlichen Kraftfahrer wurde gestern abgehalten. Die Verbandsbürokratie lud zu dieser Tagung nur sozialdemokratische Funktionäre ein. Trotzdem waren auch oppositionelle Kollegen anwesend.

Die Verbandsbürokraten erklärten ganz ausdrücklich, daß sie nicht die Absicht haben, den Kampf auch auf andere Betriebe zu verbreitern. Sie werden sich die größte Mühe geben, den Schlichter zu bewegen, die ab 1. Januar gezahlten 2,50 Mark Festlohn beizubehalten. Diese Herrschaften sind für die Verwirklichung des jüngsten Elends. Sie werden auch auf die vollständige Abschaffung des Festlohnes eingehen.

Dass das Elend sehr groß ist, wurde gestern in der Versammlung in den Pförtnerfestzälen von vielen Kollegen sehr klar ausgezeigt. Bei uns auf dem Redaktionstisch liegt ein Lohnauszug für einen Kollegen vom Panzer-Konzern, wonach dieser innerhalb eines Monats 188,45 Mark brutto verdiente. Mit diesem Gelde soll er mit seiner Frau und zwei Kindern durchkommen. Jetzt wollen die Unternehmer den Lohn noch niedrigstellen.

Alle Berliner Tagihaußere müssen sofort in den Streik treten. Das gehamte arbeitende Berlin wird die Tagihaußere unterstützen.

Um 10 Uhr findet heute in der Eichendorffstraße 30, bei Schulz, die Sitzung der in den Pförtnerfestzälen gewählten Kampfleitung statt. Um 1 Uhr sammeln sich alle Tagihaußere im

Gewerkschaftshaus zu einer Generalversammlung. Alle Berliner Tagihaußere müssen um 1 Uhr im Gewerkschaftshaus sein, um dort die Forderungen der Kollegen des Panzerkonzerns, die die Forderungen der Gewerkschaftsopposition sind, zu unterstützen!

Genosse Thälmann im Reichstag gegen den Young-Plan

Heute mittag beginnt im Reichstag die Debatte zur ersten Lesung der Young-Gesetze. Die Regierung berücksichtigt, nach einer Erklärung des Reichsausßenministers Curtius noch am heutigen Tag in die Debatte einzutreten.

Für die Behandlung des Slavenengesetzes in erster Lesung sind nur wenige Tage vorgesehen. Die Regierung will verhindern, daß die schändlichen Pläne der Hungeregierung, die den Young-Plan auf Kosten der Arbeiter durchzuführen entschlossen ist, allzu lange im Reichstagsplenum von der kommunistischen Partei unter Trommelfeuer genommen werden. Deshalb soll die Weiterbehandlung sofort an einer Ausschusssitzung abgeschlossen werden. Furcht vor der Enttarierung durch die Räte ist es in erster Linie, was die Regierung veranlaßt, die Young-Gesetze mit solcher Eile im Reichstag durchzutragen. Über die da glauben, der Abrechnung von Seiten der Kommunisten entgehen zu können, werden eines anderen belehrt werden.

Bereits heute, spätestens morgen, wird Genosse Ernst Thälmann in einer umfassenden, grundjährlichen Rede die Feinde der deutschen Arbeiterklasse, die das deutsche Proletariat aus Jahrzehnten hinaus an das internationale Kapital verlor, mächtig machen. Er wird den Weg aufzeigen, auf dem allein die deutsche Arbeiterklasse zur Befreiung vom Slavenjoch marschieren kann, den Weg der proletarischen Revolution.

Die Stimme der kommunistischen Partei wird in die Betriebe und Schäden dringen, sie wird die Arbeiterschaft ausspielen, den russischen Volkswohl nachzuweisen, die die Slavenverträge ihrer Ausbeuter nicht höher angesehen, als einen Schein-Papier. Mag die SPD. mögen die übrigen Parteien der Bourgeoisie, die Slavenengesetze deklarieren! Der starke Arm des revolutionären Proletariats wird die Aktionen unfehlbar zerreißen.